



# Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Wülfrath

**Termin**      Dienstag, 09.07.2019, 17:00 bis 20:14 Uhr  
**Ort**            Rathaus  
                    Großer Sitzungssaal

## Tagesordnung

### Öffentlicher Teil

<b>1</b>	Regularien
<b>1.1</b>	Eröffnung der Sitzung
<b>1.2</b>	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
<b>1.3</b>	Feststellung der Beschlussfähigkeit
<b>1.4</b>	Feststellung der Tagesordnung
<b>1.5</b>	Genehmigung der Niederschrift
<b>2</b>	Befangenheitsprüfung
<b>3</b>	Einwohnerfragestunde
<b>4</b>	Einführung und Verpflichtung eines neuen Ratsmitgliedes Vorlage: BVV-011-2019
<b>5</b>	Beitritt der Stadt Wülfrath zur D-NRW Vorlage: 10/11-006-2019
<b>6</b>	Beitritt zur PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH Vorlage: 10/11-007-2019
<b>7</b>	Personalausstattung der Wülfrather Wasserwelt Vorlage: 10/11-008-2019
<b>8</b>	Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt über die überörtliche Rechnungsprüfung zum Gesamtabschluss und Beteiligungen der Stadt Wülfrath im Jahr 2018 Vorlage: 20-011-2019
<b>9</b>	Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2018 Vorlage: 20-015-2019
<b>10</b>	Nachnutzung Wilhelmstraße 189 "ehemaliges VHS-Gebäude": Vorstellung der Prüfergebnisse Vorlage: III-017-2019
<b>11</b>	Änderung der Baumschutzsatzung Vorlage: III-018-2018/1
<b>12</b>	Klimaschutz - Ziele und Maßnahmen
<b>12.1</b>	Bürgeranregung zum Klimaschutz
<b>12.1.1</b>	Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW - Resolution zur Ausrufung des Klimanotstands unterstützen    Vorlage: III-013-2019
<b>12.2</b>	Antrag der Grünen/Bündnis 90 vom 21.05.19 - Klimanotstand und Maßnahmen zum Klimaschutz Vorlage: III-015-2019



<b>12.3</b>	Antrag der WG-Fraktion "Klimaverträglichkeit" Vorlage: III-016-2019
<b>12.4</b>	Antrag zum Klimaschutz der AG Klimaschutz
<b>12.4.1</b>	Ergebnis der Auswertung der Liste „zusätzliche Maßnahmen“
<b>13</b>	Gleichstellungsplan Vorlage: GLS-001-2019
<b>14</b>	Anpassung der Hauptsatzung Vorlage: BVV-012-2019
<b>15</b>	Prüfaufträge zum Haushalt 2020 Vorlage: 20-014-2019
<b>16</b>	Prüfauftrag zum Haushalt 2020: Überleitung des Hallenbades an die Stadtwerke Wülfrath GmbH Vorlage: II-006-2019
<b>17</b>	Umbesetzung von Gremien und Ausschüssen Vorlage: BVV-010-2019
<b>18</b>	Mitteilungen und Anfragen

# Protokoll

## Öffentlicher Teil

### TOP 1 Regularien

---

#### TOP 1.1 Eröffnung der Sitzung

---

Die Vorsitzende Frau Dr. Panke eröffnet die Sitzung. Bevor sie zu den einzelnen Regularien kommt, ehrt sie Herrn Günter Weber, der am 1. Juli 2019 im Alter von 77 Jahren verstorben ist. Herr Weber war viele Jahre im Seniorenrat aktiv, auch als Stellvertretender Vorsitzender. Seit 2006 war er für den Seniorenrat beratend in verschiedenen Ausschüssen des Rates der Stadt Wülfrath tätig:

- von 2006 bis 2010 im Ausschuss für Verkehr und Ordnung,
- von 2010 bis Ende 2016 im AKSF,
- seit Ende 2015 bis zu seinem Tod im AUO.

Der Rat erhebt sich auf Bitte der Vorsitzenden für eine Schweigeminute für Herrn Weber.

#### TOP 1.2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung

---

Die Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung fest.

#### TOP 1.3 Feststellung der Beschlussfähigkeit

---

Die Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

#### TOP 1.4 Feststellung der Tagesordnung

---

Die Vorsitzende teilt mit, dass sie bei TOP 12 „Klimaschutz – Ziele und Maßnahmen“ den Unterpunkt 12.4 „Interfraktioneller Antrag“ als dem weitreichendsten Antrag nach vorn zieht und er so TOP 12.1 wird. Die anderen Unterpunkte verschieben sich entsprechend eine Stelle nach hinten. Der Rat hat keine Einwände.

Frau Dr. Panke nennt die nachgereichten Unterlagen und verteilten Tischvorlagen:

- Tischvorlage zu TOP 9 – Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2018 (pro Fraktion ein Exemplar)
- Nachgesendet wurden die Anlagen zu
- TOP 12 – Interfraktioneller Antrag mit Maßnahmenkatalog (bisher 12.4, neu 12.1)
- TOP 14 – Hauptsatzung und Synopse alte – neue Hauptsatzung
- nö – TOP 2 - Zahlenteil zum Prüfauftrag ehemaliges VHS-Gebäude



Die geänderte Tagesordnung wird festgestellt.

**TOP 1.5** Genehmigung der Niederschrift

---

Es gibt keine Anmerkungen zur Niederschrift zur Sitzung vom 26.03.2019.

**TOP 2** Befangenheitsprüfung

---

Kein Ratsmitglied erklärt sich zu einem der Tagesordnungspunkte für befangen.

**TOP 3** Einwohnerfragestunde

---

Herr Dieter Fischer, Heinrich-Heine-Straße 2, berichtet von seinem Termin beim Ordnungsamt wegen einer möglichen dauerhaften Öffnung der Einbahnstraße Alte Ratinger Landstraße ab Heinrich-Heine-Straße bis zur Mettmanner Straße. Die Anwohner seien jetzt wegen der Öffnung ständiger Belastung ausgesetzt durch Lärm und Abgase. Er fragt, was an der Aussage von Herrn Schorn dran ist. Frau Dr. Panke antwortet, dass es bisher keinen Beschluss gibt, die Straße in beide Richtungen durchgehend zu öffnen. Vielmehr sind – wie in der Vorstellung von Straßen NRW in der Sitzung des AUO vom 07.03.2019 dargelegt – die Umleitungsmaßnahmen nach Fertigstellung des Kreisverkehrs zurückzubauen.

Herr Fischer erwidert, dass er aber davon wisse. Frau Dr. Panke führt weiter aus, dass die Öffnung in der Klimaschutz-AG angedacht wurde, aber noch nichts beschlossen ist. Sie sagt zu, dass die Anwohner bei einer Entscheidung informiert werden.

Herr Max Romanko, ebenfalls Heinrich-Heine-Straße 2, stellt die gleiche Frage. Frau Dr. Panke erläutert, dass eine solche Maßnahme wie die Aufhebung der Einbahnstraßenregelung erst einmal beschlossen werden muss. Sobald eine Entscheidung gefallen ist, wird die Öffentlichkeit informiert.

Zwei weitere Anwohner melden sich zu Wort und beschweren sich über Lärm, zu schnelles Fahren und schlechte Luft. Frau Dr. Panke sagt zu, die Beschwerden über Raserei an die Polizei weiterzugeben und bittet bei den anderen Punkten darum, die Fertigstellung des Kreisverkehrs abzuwarten.

Herr Ahmet Yildiz, Betriebsratsvorsitzender bei Knorr-Bremse, trägt vor, dass Aufträge bis 2026 vorlägen und dass ein deutsches Unternehmen einen gut gehenden Standort schließe. Herr Yildiz lädt zur Protestdemonstration am kommenden Samstag ein. Er fragt, was Wülfrath macht, wenn der Standort mit 400 gut bezahlten Arbeitsplätzen geschlossen wird. Frau Dr. Panke antwortet, dass Gespräche mit dem Eigentümer stattgefunden haben, dass es aber seit zwei Wochen keine neuen Informationen gibt. Sie weist daraufhin, dass der Rat jetzt – in der Einwohner-



fragestunde – nicht antworten kann. Sie bietet an, auch mit dem Betriebsrat im Gespräch zu bleiben.

Frau Dr. Panke fragt abschließend den Rat, ob er einverstanden ist, dass Herr Niebisch seine Bürgeranregung unter TOP 12 kurz selbst erläutert. Der Rat äußert keine Bedenken.

---

**TOP 4** Einführung und Verpflichtung eines neuen Ratsmitgliedes  
Vorlage: BVV-011-2019

---

Vor der Einführung des neuen Ratsmitglieds Herr Lothar Müller verabschiedet die Vorsitzende noch offiziell Frau Elisabeth Gawrych, CDU, die zum 30.04.2019 ihr Ratsmandat niedergelegt hat. Sie kann aus beruflichen Gründen nicht an der Ratssitzung teilnehmen. Frau Dr. Panke würdigt die langjährige und umfassende Tätigkeit Frau Gawrychs in verschiedenen Ausschüssen und im Rat, dankt dafür und überreicht Herrn Effert zur Weitergabe ein kleines Geschenk für Frau Gawrych.

Anschließend wird Herr Lothar Müller, CDU, als neues Ratsmitglied verpflichtet mit der Formel: „Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Gemeinde erfüllen werde, so wahr mir Gott helfe.“ Frau Dr. Panke begrüßt ihn offiziell als Ratsmitglied.

---

**TOP 5** Beitritt der Stadt Wülfrath zur D-NRW  
Vorlage: 10/11-006-2019

---

Keine Wortmeldungen.

**Beschluss**

„Die Stadt Wülfrath tritt der D-NRW zum nächstmöglichen Zeitpunkt bei und entrichtet die Stammkapitaleinlage von 1.000 €.“

**Abstimmungsergebnis**

Einstimmig	X	ja
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BMin
Zustimmung	34	12	9	6	3	2	1	1
Ablehnung								
Enthaltung								



**TOP 6** Beitritt zur PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH  
Vorlage: 10/11-007-2019

Keine Wortmeldungen.

**Beschluss:**

„Die Stadt Wülfrath beschließt den Kauf von 5 Geschäftsanteilen zu einem Preis von 200 EUR je Geschäftsanteil gemäß einem Kaufvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Stadt Wülfrath über den Verkauf und die Abtretung von Gesellschaftsanteilen an der PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH entsprechend dem als Anlage 1 beigefügten Entwurf. Darüber hinaus erklärt die Stadt Wülfrath den Beitritt zu der als Anlage 2 beigefügten Gesellschaftervereinbarung und schließt mit dem Unternehmen die als Anlage 3 beigefügte Eckpunktevereinbarung.“

**Abstimmungsergebnis**

Einstimmig	X	ja
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BMin
Zustimmung	34	12	9	6	3	2	1	1
Ablehnung								
Enthaltung								

**TOP 7** Personalausstattung der Wülfrather Wasserwelt  
Vorlage: 10/11-008-2019

Frau Theis bitte die Verwaltung zu prüfen, ob es möglich ist, Schwimmbadpersonal wie Schwimmmeister oder Badewärter selbst auszubilden. Frau Dr. Panke sagt die Prüfung zu.

**Beschluss**

„Es wird beschlossen, bei der Wülfrather Wasserwelt eine zusätzliche Stelle einer Badewärterin/ eines Badewärters zum 01.11.2019 mit 24 Wochenstunden (0,62 VZÄ) in der Entgeltgruppe 4 einzurichten.“

**Abstimmungsergebnis**

Einstimmig	X	ja
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BMin
Zustimmung	34	12	9	6	3	2	1	1
Ablehnung								
Enthaltung								



**TOP 8** Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt über die überörtliche Rechnungsprüfung zum Gesamtabschluss und Beteiligungen der Stadt Wülfrath im Jahr 2018  
Vorlage: 20-011-2019

---

Frau Dr. Panke berichtet kurz von der Diskussion im Rechnungsprüfungsausschuss und gibt dann der Ausschussvorsitzenden Frau Dr. Nick das Wort. Diese stellt kurz das Ergebnis des Prüfberichts dar: Der Abschluss berücksichtigt die Beteiligungen an GWG und SWW sowie die weiteren kleinen Beteiligungen. Das positive Ergebnis der Stadtwerke kann das negative Ergebnis der Stadt selber nicht kompensieren. Hier macht sich der niedrigere Gewerbesteuerertrag bemerkbar. Frau Dr. Nick betont, dass die Einnahmen aus der Einkommensteuer damit mehr Gewicht erhalten. Der Rat hat keine Fragen zum Bericht.

### **Beschluss**

„Gegenüber der Gemeindeprüfungsanstalt und der Aufsichtsbehörde Kreis Mettmann wird die nachfolgende Stellungnahme abgegeben:

#### **Inhalte des Beteiligungsberichts - Seite 8:**

Die Feststellung wird anerkannt. Künftig wird eine Einzelübersicht erstellt, die alle Beteiligungen aufzeigt und aus der die Bilanzen und Ergebnisrechnungen ungekürzt hervorgehen.

#### **Fristüberschreitung bei der Feststellung der Gesamtabschlüsse - Seite 10:**

Die Fristen konnten aufgrund der verspäteten Erstellung der Jahresabschlüsse durch die Töchter sowie der Konzernmutter, welche durch Wirtschaftsprüfungsgesellschaften und der örtlichen Rechnungsprüfung testiert und zudem politisch beschlossen werden mussten, nicht eingehalten werden.

#### **Konsolidierungsbedarf im Konzern - Seite 12 und Seite 15:**

Die negativen Gesamtjahresergebnisse (Ausnahme 2014) basieren im Wesentlichen auf den negativen Jahresergebnissen der Stadt. Der Beschluss des Doppelhaushaltes 2018/2019 wurde begleitet von dem Beschluss eines von der Kommunalaufsicht genehmigten Haushaltssicherungskonzeptes. Danach stellen sich die erwarteten Jahresergebnisse der Stadt im Finanzplanungszeitraum als „schwarze Null“ dar. Eine wesentliche Maßnahme zur Haushaltskonsolidierung stellt die vom Rat beschlossene Anhebung der Grundsteuer B von 465 auf 530 Prozentpunkte dar. Die Reduzierung von Aufwendungen liefert nach nunmehr 5 Haushaltssicherungskonzepten vor dem Hintergrund unveränderter rechtlicher Rahmenbedingungen nur noch geringe Verbesserungspotenziale.

Die Ergebniseinbrüche der Jahre 2015 und 2018 stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit den stark schwankenden Gewerbesteuererträgen der Stadt. Nach einer erneuten Reduzierung der Gewerbesteuervorauszahlungen für die Veranlagungsjahre 2018 und 2019 eines bedeutenden Unternehmens wurde die Kommunalaufsicht am 15.03. über eine sich möglicherweise abzeichnende und mittlerweile ausgesprochene Haushaltssperre des Kämmers für das Jahr 2019 informiert. Ziel ist es 2019 ff. trotzdem noch ein ausgeglichenes Ergebnis zu erwirtschaften. Insgesamt ist festzustellen, dass die Anteile an der Einkommensteuer mittlerweile aufgrund ihrer Stabilität und ihrer Höhe eine größere Bedeutung für den Wülfrather Haushalt erlangt haben als die Gewerbesteuer, deren Entwicklung aus unterschiedlichen Gründen die positive konjunkturelle Entwicklung in der Bundesrepublik leider nicht nachzeichnet. Mit der Verfolgung der Strategie 22+ soll versucht werden, diesen positiven Einkommensteuertrend zu festigen und damit die entsprechenden Erträge für den Wülfrather Haushalt nachhaltig zu sichern bzw. nach Möglichkeit weiter zu steigern.



**Bedeutung der Stadtwerke für den Konsolidierungsprozess im Konzern - Seite 17 und 20:**

Die Bedeutung der städtischen Töchter für den Konsolidierungsprozess im Konzern ist bekannt.

**Gesamtverschuldung und Gesamtfinanzlage - Seiten 24 und 26:**

Der Konsolidierungsbedarf im Konzern insbesondere vor dem Hintergrund der Verschuldung ist bekannt. Der Rat der Stadt Wülfrath hat dem bereits im Jahr 2013 mit dem Erlass einer Nachhaltigkeitssatzung Rechnung getragen. An der Verbesserung der Finanzierungs- und Ergebnislage wird konzernweit ständig gearbeitet.“

**Abstimmungsergebnis**

Einstimmig	X	ja
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BMin
Zustimmung	34	12	9	6	3	2	1	1
Ablehnung								
Enthaltung								

**TOP 9** Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2018

Vorlage: 20-015-2019

Kämmerer und 1. Beigeordneter Herr Ritsche erläutert den Entwurf des Jahresabschlusses 2018. Im Ergebnis weist der Entwurf ein Defizit von rd. 4,1 Mio. € aus. Das Defizit liegt damit rd. 800 Tsd. € niedriger als nach den Planungen unter Berücksichtigung übertragener Aufwandsermächtigungen des Vorjahres zu erwarten gewesen wäre.

Das deutliche Minus des Haushaltsjahr 2018 resultiert im Wesentlichen aus dem schon zum Planungszeitpunkt prognostizierten und letztlich auch eingetretenen Gewerbesteuerertrag von über 3,5 Mio. €. So konnte 2018 nur ein Gewerbesteuerertrag von rd. 9,5 Mio. € erzielt werden (13,8 Mio. € im Jahr 2017).

Die gegenüber den Planungen eingetretenen Ergebnisverbesserungen werden im Wesentlichen durch folgende Faktoren beeinflusst:

- rd. 300 Tsd. € höherer Gemeindeanteil an der Einkommensteuer
- rd. 500 Tsd. geringere Aufwendungen in der Gebäudeunterhaltung und -bewirtschaftung
- rd. 150 Tsd. € Einsparungen bei den Personalkosten
- rd. 400 Tsd. € im Bereich der Jugendhilfe- und Sozialhilfekosten

Deutliche Mindereinnahmen sind allerdings in den Bereichen der Rettungsdienst- und Abwasserbeseitigungsgebühren von insg. rd. 550 Tsd. € festzustellen.

Lt. Abschlussentwurf führt das schlechte Jahresergebnis auch zu einem Anstieg der Kreditverbindlichkeiten von 68,8 auf 71,9 Mio. €. Das städtische Eigenkapital sinkt von 20,3 auf 16,2 Mio. €. Der Abschlussentwurf wird nun vom Rechnungsprüfungsamt des Kreises Mettmann geprüft und danach dem Rechnungsprüfungsausschuss und dem Rat zur Beschlussfassung zugeleitet.

Ratsmitglied Effert (CDU) fragt nach, ob der Verlust bei den Gebühren außergewöhnlich ist. Herr Ritsche führt aus, dass im Rettungswesen wegen unbesetzter Stellen in der Rechnungsstellung der Versand von Rechnungen stockte, die Einnahmen also später kommen werden und





somit kein echter Verlust entstanden ist. Bei der Abwassergebühr waren in der Planung höhere Werte als tatsächlich gegeben angesetzt worden.

### Beschluss

„Der Jahresabschlussentwurf der Stadt Wülfrath für das Haushaltsjahr 2018 wird zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss überwiesen.“

### Abstimmungsergebnis

Einstimmig	X	ja
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BMin
Zustimmung	34	12	9	6	3	2	1	1
Ablehnung								
Enthaltung								

### TOP 10 Nachnutzung Wilhelmstraße 189 "ehemaliges VHS-Gebäude": Vorstellung der Prüfergebnisse Vorlage: III-017-2019

Die Vorsitzende erklärt, dass die Ergebnisse des Prüfauftrags in der Sondersitzung des AWS, AKSF, JHA und SchA vorberaten wurden.

Ratsmitglied Peetz (WG) stellt fest, dass es offensichtlich für keine der vier betrachteten Nachnutzungen eine Mehrheit gibt. Damit wäre jetzt eigentlich der bestehende Verkaufsbeschluss umzusetzen, der auf der Erkenntnis fußte, dass das Gebäude abgängig sei. Inzwischen lägen neue Erkenntnisse vor, die von einer weiteren Nutzbarkeit des Gebäudes ausgehen. Daher möchte die WG eine Denkpause anregen. Die Zinssituation ist günstig, von daher besteht kein Zeitdruck. Die WG schlägt vor, eine Nutzung prüfen zu lassen, die alle Kriterien erfüllt: Eigenkapital stärken, Frequenzbringer etablieren, städtebauliche Situation erhalten, städtische Einrichtung im eigenen Gebäude mit Einfluss auf die Nutzung. Diese fünfte Nutzungsvariante wäre der Rückzug der VHS in die Wilhelmstraße 189. Damit entfielen die Mietzahlungen bei der EDB in Höhe von 28.000 Euro. Die WG meldet Beratungsbedarf an und schlägt die Verschiebung des TOP und die Beauftragung der Verwaltung mit der Berechnung dieser Variante bis zur Sitzung nach den Sommerferien vor.

Herr Effert führt aus, dass wegen der niedrigen Zinsen eine Verschiebung zu vertreten sei. Auch er geht davon aus, dass keine der bisherigen vier Varianten mehrheitsfähig ist. Er schlägt aber vor, sie trotzdem alle abzustimmen.

Ratsmitglied Mrstik (Die Grünen) betont, dass Gebäude in öffentlicher Hand auch einen speziellen Nutzen für die Kommunen haben sollten. Die Grünen stimmen zu, der Verwaltung drei Monate Zeit zur Prüfung zu geben.

Ratsmitglied Hoffmann (SPD) erläutert, dass die SPD für ihre Position das aufgegriffen hat, was im Haushaltssicherungskonzept beschlossen wurde, nämlich den Umzug der Medien-Welt in eine städtische Immobilie. Die SPD werde diese Position auch weiter vertreten, es sei denn, die neue fünfte Nutzungsmöglichkeit werde sich positiv darstellen. Auch er sei dafür, dem Vor-



schlag von Herrn Peetz nachzugehen und der Verwaltung Zeit zu geben.

Ratsmitglied Küchler (Die Linke) begrüßt den Vorschlag, der gleichzeitig bedeute, dass es keine Mehrheit für den Verkauf des Gebäudes gebe. Die Linke hätte sich sonst zwei der anderen Varianten gut vorstellen können.

Ratsmitglied Altmann (FPD) schließt sich den Vorrednern an, da jetzt andere Informationen vorlägen als einige Wochen zuvor. Er wisse aber nicht, ob der VHS-Rückzug die richtige Lösung sei, da das Gebäude zu groß sei für die VHS.

Herr Effert empfiehlt, über alle vier bisherigen Varianten abzustimmen. Herr Hoffmann erwidert, dass die WG einen anderslautenden Antrag gestellt hat. Herr Effert bekräftigt, dass die vier Varianten jetzt vorliegen und über sie abgestimmt werden könne. Der neue Vorschlag werde Variante 5, und im Herbst sei dann nur noch über diese Variante abzustimmen. Während Ratsmitglieder Küchler (Die Linke) und Peetz dem zustimmen, widerspricht Herr Mrstik. Er sehe bei verschiedenen Varianten Möglichkeiten und wolle auch im Herbst noch darüber abstimmen können. Herr Peetz gibt Herrn Mrstik zum Teil Recht und betont, dass die Verwaltung jetzt nur noch die neue Variante 5 prüfen solle. Frau Dr. Panke und Technischer Dezernent Herr Barnat stimmen dem zu. Ratsmitglied Seidler (CDU) weist noch daraufhin, dass der Verkaufsbeschluss ja existiere und dann bei einer Abstimmung erst aufgehoben werden müsse. Die Vorsitzende erwidert, dass ein entsprechender Satz im Beschlussvorschlag der Verwaltung enthalten ist. Sie stellt fest, dass der Beschluss bis zur nächsten Ratssitzung und den zuständigen Ausschusssitzungen geschoben wird. Der Rat äußert Zustimmung.

**Ein Beschluss wird nicht gefasst.**

**TOP 11** Änderung der Baumschutzsatzung  
Vorlage: III-018-2018/1

**Beschluss**

„Die Änderungen der Satzung zum Schutz des Baumbestandes vom 19.03.1990, die in der Anlage mit „Neu“ bezeichnet sind, werden beschlossen.  
Die geänderte Satzung tritt am 01.08.2019 in Kraft.“

**Abstimmungsergebnis**

Einstimmig	X	ja
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BMin
Zustimmung	33	11	9	6	3	2	1	1
Ablehnung								
Enthaltung	1	1						



---

## TOP 12 Klimaschutz - Ziele und Maßnahmen

---

Wie eingangs der Ratssitzung festgestellt, wird der interfraktionelle Antrag vorgezogen.

### **TOP** Antrag zum Klimaschutz der AG Klimaschutz **12.1** (war 12.4)

---

Die Vorsitzende dankt der Klimaschutz-AG für ihr Engagement und die geleistete Arbeit. Vertreter aller im Rat vertretene Parteien und Gruppierungen, von Fridays for Future, Parents for Future, BUND und Tier- und Naturschutzverein sind an der AG beteiligt. Die Verwaltung betätigt sich moderierend und trägt Fachkenntnis durch die Klimaschutzmanagerin Frau Kurzbach und den Technischen Dezernenten Herrn Barnat bei. Da die Verwaltung den Maßnahmenkatalog, den die AG zusammengestellt hat, nicht einbringen kann, hat der AUO-Vorsitzende, Ratsmitglied Herbes (WG), den Antrag eingebracht.

Ratsmitglied Sträßler (CDU) begrüßt, dass der Weg über die Interfraktionelle Arbeitsgruppe gewählt und konstruktiv zusammengearbeitet wurde. Die CDU-Fraktion stimmt dem Antrag uneingeschränkt zu. Allerdings seien noch nicht alle in der Excel-Liste vorhandenen Maßnahmen von allen Fraktionen durchdiskutiert und bewertet worden. Die fertige Liste solle wie der Maßnahmenkatalog ins Bürgerinformationssystem eingestellt werden.

Frau Dr. Panke erläutert, dass noch einige Maßnahmen nach der letzten AG-Sitzung hinzukommen und fragt, ob angesichts der bevorstehenden Sommerferien die Liste jetzt schon veröffentlicht werden soll. Herr Herbes regt an, dass alle die Bewertungen schnell durchführen und die Tabelle dann vollständig veröffentlicht wird. Frau Dr. Panke sagt zu, dass die zusätzlichen Maßnahmen kurzfristig verschickt werden und bei einheitlicher Zustimmung die Maßnahmenliste entsprechend ergänzt wird. Frau Kurzbach wird die anderen Teilnehmer wie BUND etc. fragen, ob sie mit der Veröffentlichung der Liste einverstanden sind.

Frau Kückler begrüßt den bei Maßnahmen und Antrag gefundenen Konsens, auch wenn beides zu kurz greife. Sie erinnert daran, dass die Stadt schon 1995 Mitglied im Klimaschutzbündnis geworden ist mit der Verpflichtung, jährlich CO<sub>2</sub> einzusparen. Frau Kückler fordert, jetzt endlich die Maßnahmen zu priorisieren und nicht noch mehr aufzuschreiben.

Herr Mrstik kündigt die Zustimmung der Grünen zum Antrag an und dankt Fridays for Future (FFF) auch für den Druck, den sie ausüben.

Herr Herbes stellt fest, dass die Maßnahmen mit Zeiträumen und einem Controlling versehen sind und damit über die Bürgeranregung hinausgehen.

Herr Hoffmann begrüßt den interfraktionellen Konsens und sieht darin ein Signal für die Öffentlichkeit: Der Rat beschliesse, was Wülfrath weiterbringt.

Herr Barnat weist darauf hin, dass dieser Konsens mühsam erarbeitet wurde und der Prozess bei den Maßnahmen noch nötig ist. Er schlägt vor, dass sich die AG nach den Sommerferien noch einmal zusammensetzt und weiter diskutiert. Manche Maßnahmen werden herausfallen und andere hinzukommen. Die vorliegende Liste muss daher nicht abschließend sein. Herr Barnat betont, dass die Verwaltung den Arbeitsauftrag annimmt, dass aber schon die Überprüfung der Maßnahmen von der Verwaltung bis zu den Haushaltsberatungen schwer zu schaffen sein wird, ganz zu schweigen von zusätzlichen Maßnahmen.

Frau Dr. Panke ergänzt, dass die eigentliche Arbeit der Klimaschutzmanagerin nicht zu kurz kommen darf, um die mit ihrer Stelle verbundenen Förderbedingungen einzuhalten.



Herr Ritsche nennt als für ihn wichtigsten Punkt, dass jetzt zuerst bilanziert wird, also auch, wie derzeit konkret die CO<sub>2</sub>-Bilanz aussieht. Außerdem hat er mehrere Fragen zu Punkt 5 des Antrags, die in den kommenden Gesprächen geklärt werden können. Fraglich ist etwa, ob noch eine CO<sub>2</sub>-Abgabe gezahlt werden muss, wenn die Stadt schon Ökostrom bezieht, und welche Ausgleichszahlungen in welcher Höhe anzusetzen sind. Herr Ritsche betont, dass er die verstärkten Klimaschutzmaßnahmen begrüßt. Er findet es aber auch wichtig, zu prüfen, wie sich die bisherigen Maßnahmen schon auswirken.

## **Beschluss**

### **„Antrag zum Klimaschutz**

1. Die Stadt Wülfrath strebt bis 2050 eine Treibhausgasneutralität in den von ihr zu beeinflussenden Bereichen (kommunale Gebäude, kommunale Flotte) an. Ausgehend von der tatsächlichen Treibhausgasbelastung der städtischen Einrichtungen ist das konkrete Ziel, die CO<sub>2</sub> Belastung bis 2030 um mindestens 40% gegenüber dem Stand von 1990 (3.728t) zu reduzieren. Die Stadt Wülfrath verpflichtet sich, die Datengrundlage zu aktualisieren und das "Energie- und Klimaschutzkonzept für die Stadt Wülfrath" von 2013 zu überprüfen. Die Verwaltung trägt das Ergebnis in die politischen Gremien und schlägt konkrete CO<sub>2</sub>-Mengenreduzierungen vor.
2. Die Stadt Wülfrath wird bei klimarelevanten Entscheidungen, die den eigenen Verwaltungsbereich betreffen, die Auswirkungen auf das Klima sowie die ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit berücksichtigen und wenn immer möglich, jene Entscheidungen prioritär behandeln, die den Klimawandel oder dessen Folgen abschwächen. Die städtischen Vertreter/-innen in den Gremien der Stadtwerke sowie der GWG sowie anderen überörtlichen Organisationen werden aufgefordert, in gleicher Weise zu verfahren.
3. Die Verwaltung wird gebeten, bis zur nächsten Ratssitzung die Maßnahmen zum Klimaschutz vorzustellen, die innerhalb der Förderperiode des Klimaschutzmanagements (bis 31.03.2021) unter Berücksichtigung der haushaltsrechtlichen Rahmenbedingungen und gegebenen Personalressourcen geplant sind. Als Grundlage für die Haushaltsberatungen wird dem Rat der Stadt Wülfrath zudem eine Liste vorgelegt, in der von der Politik ausgewählte, weitere Maßnahmen sowohl im Hinblick auf Haushaltsrelevanz als auch Umsetzbarkeit geprüft wurden. Für den Bereich der privaten Haushalte, Unternehmen und des Verkehrs erkennt die Stadt Wülfrath ihre Mitverantwortung zur Umsetzung der Ziele aus dem Pariser Klimaschutzabkommen an und ergreift geeignete Maßnahmen, diese nachhaltig zu unterstützen.
4. Die Verwaltung sowie ihre Beteiligungen und Töchter werden gebeten, dem Rat halbjährlich über die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen zu berichten. Die Verwaltung sowie ihre Beteiligungen und Töchter werden ferner gebeten, dem Rat jährlich mit der Einbringung des Haushalts Maßnahmen vorzulegen, die der Verwirklichung des unter Ziffer 1 genannten Klimazieles dienen. Dabei sollen neben den Kosten auch die Reduktionspotenziale der Maßnahmen beziffert werden.
5. Die Stadt Wülfrath erkennt die Eindämmung der Klimakrise mit ihren schwerwiegenden Folgen als Aufgabe sehr hoher Priorität an. Bis zu den Haushaltsberatungen ist rechtlich zu prüfen in wie weit ein finanzieller Ausgleich eigener CO<sub>2</sub>-Belastungen beginnend mit dem Jahr 2020 möglich ist. Die Mittel sollen in einen Wülfrather Klimaschutzfonds einfließen, mit dem Projekte zur Reduzierung von CO<sub>2</sub>-Emissionen gefördert werden. Die Wülfrather/-innen und Unternehmen werden eingeladen, durch freiwillige Zahlungen in den Klimaschutzfonds die selbst verursachten CO<sub>2</sub>-Belastungen ebenfalls jährlich auszugleichen. Neben der rechtlichen Prüfung wird die Verwaltung gebeten, die jährlichen Auswirkungen auf den Haushalt darzustellen.“



### Abstimmungsergebnis

Einstimmig	X	ja
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BMin
Zustimmung	34	12	9	6	3	2	1	1
Ablehnung								
Enthaltung								

### TOP 12.2 Bürgeranregung zum Klimaschutz (war 12.1)

Herr Jan-Niklas Niebisch hat eine Anregung gemäß § 24 Gemeindeordnung NRW (GO NRW) mit dem Titel „Resolution zur Ausrufung des Klimanotstands unterstützen“ eingebracht. Die Vorsitzende erteilt ihm zu Beginn des neuen TOP 12.2 das Wort.

Herr Niebisch betont, dass der Notstand schon da ist und wirft der Politik vor, die Lage nicht zu beachten. Die beschlossenen Maßnahmen seien zwar gut, reichten aber nicht aus. In drastischen Worten beschreibt er die Lage und ordnet das mögliche Stimmverhalten der Politiker zur Ausrufung des Klimanotstands ein.

Die Ratsmitglieder May, Hoffmann, Küchler, Mrstik, Sträßer und Peetz tragen vorbereitete Stellungnahmen zur Ausrufung des Klimanotstands vor. Alle machen deutlich, dass der Klimaschutz hohe bis höchste Priorität hat, dass aufgrund des Drucks von FFF das Thema verstärkt in der öffentlichen und politischen Diskussion ist und in der gemeinsamen Arbeitsgruppe auch schon konkrete Maßnahmen vereinbart wurden. SPD, Linke und Grüne werden der Resolution zustimmen, CDU, WG und FDP nicht. Unterschiede gibt es auch bei der Einschätzung, was mit dem Wort Notstand zu verbinden ist.

Frau Dr. Panke bekräftigt, dass Klimaschutz kein neues Thema ist und sich auch die Verwaltung bewusst ist, dass es den Klimawandel gibt. Sie verweist auf die Umstellung auf Öko-Strom und Öko-Gas, die energetische Sanierung der Schulen und die Kooperation mit Unternehmen bei der Photovoltaik. Sie gibt zu bedenken, dass sie nicht abwägen kann, ob es wichtiger ist, den Klima- oder den Pflegenotstand auszurufen. Sie ruft FFF dazu auf, weiter aktiv zu bleiben.

### Beschluss

„Die Stadt/ Gemeinde Wülfrath unterstützt die Resolution zur Ausrufung des Climate Emergency (Klimanotstand), wie sie in dieser Anregung niederlegt ist.“

### Abstimmungsergebnis

Einstimmig		
Mehrheitlich	X	Nein

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BMin
Zustimmung	13		8		3	2		
Ablehnung	20	12		6			1	1
Enthaltung								



*SPD-Mitglied Nadolski war zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht anwesend.*

Die Vorsitzende hebt hervor, dass die Vertreter/-innen von FFF die Abstimmung nicht als Niederlage verstehen sollen, denn sie haben erreicht, dass der Rat den Maßnahmenkatalog beschlossen hat. Die konkreten Maßnahmen gehen viel weiter als eine Resolution.

---

**TOP 12.3** Antrag der Grünen/Bündnis 90 vom 21.05.19 - Klimanotstand und Maßnahmen zum Klimaschutz Vorlage: III-015-2019  
(war 12.2)

---

Herr Mrstik erklärt, dass die Grünen ihren Antrag zurückziehen.

---

**TOP 12.4** Antrag der WG-Fraktion "Klimaverträglichkeit" Vorlage: III-016-2019  
(war 12.3)

---

Herr Peetz erklärt, dass die WG ihren Antrag zurückzieht.

---

**TOP 13** Gleichstellungsplan  
Vorlage: GLS-001-2019

---

Frau Küchler begrüßt den Bericht der Gleichstellungsbeauftragten. Sie fragt, ob die Verwaltung schon über anonyme Bewerbungen nachgedacht hat. Herr Benner antwortet, dass diese Möglichkeit geprüft und wieder verworfen wurde. Die Verwaltung ist zu klein dafür; die finanziellen und materiellen Ressourcen fehlen. Es schauen aber viele auf die Bewerbungen, und § 33 GG wird beachtet. Frau Dr. Panke ergänzt, dass die Verwaltung professionell und neutral ist.

Gleichstellungsbeauftragte Frau Kohn führt aus, dass seit 2013 viel Positives passiert ist. Gleichstellungsarbeit ist nach ihren Worten Führungsaufgabe, und Frau Kohn hebt lobend hervor, dass viele männliche Mitarbeitende auf Gleichstellung achten. Außerdem würdigt sie das große Engagement des Personalamts. Positiv ist auch das Frauennetzwerk hervorzuheben. Eine noch offene Aufgabe betrifft die Zahl der Amtsleiterinnen im Rathaus: derzeit sind es nur zwei. Mehr Frauen sollen ermuntert und befähigt werden, eine Amtsleitung zu übernehmen. Frau Kohn empfiehlt schließlich eine Verlängerung der Laufzeit des Gleichstellungsplans auf fünf Jahre. Ihre Nachfolgerin wird nach zweieinhalb Jahren einen Zwischenbericht abgeben. Sie dankt dem Rat für die gute Zusammenarbeit.

Frau Dr. Panke dankt Frau Kohn für ihre Arbeit und ihr Engagement beim Frauennetzwerk, bei Diskussionen, bei der Mitarbeiterauswahl den für den neuen Gleichstellungsplan.



## Beschluss

„Gem. § 5 des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG) beschließt der Rat der Stadt Wülfrath den in der Anlage beigefügten Gleichstellungsplan für den Zeitraum 09.07.2019 – 09.07.2024.“

## Abstimmungsergebnis

Einstimmig	X	ja
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BMin
Zustimmung	34	12	9	6	3	2	1	1
Ablehnung								
Enthaltung								

### TOP 14 Anpassung der Hauptsatzung Vorlage: BVV-012-2019

---

Herr Sträßer meldet für die CDU Beratungsbedarf an, weil ihr nicht klar ist, welche Änderungen welchem Grund geschuldet sind. Er bittet die Verwaltung, die Vorlage entsprechend zu ergänzen. Frau Drasnin, Büroleitung der Bürgermeisterin, sagt dies zu.

**Kein Beschluss**, Vorlage wird in den nächsten HFA und dann den Rat geschoben.

### TOP 15 Prüfaufträge zum Haushalt 2020 Vorlage: 20-014-2019

---

Herr Sträßer fragt zu „**Prüfauftrag Nr. 4: Produkt 0503 - Reduzierung der Schuldnerberatung**“ nach dem Standard. Es gebe ja auch ein kreisweites System; haben wir in Wülfrath mehr oder weniger als der Standard? Er wolle nicht die Vergabe der Schuldnerberatung in Frage stellen, aber der CDU sei wichtig, über welchen Standard gesprochen wird.

Herr Flohr antwortet, dass er zu Standards nicht viel Abschließendes sagen kann; es gibt keine gesetzlich festgelegten Standards, aus denen sich der Bedarf an Schuldnerberatung ergibt. Wenn die Verwaltung ihn näher beschreiben kann, wird sie es gern bekannt geben.

Der Rat nimmt die Vorlage ohne weitere Wortmeldungen zur Kenntnis.



**TOP 16** Prüfauftrag zum Haushalt 2020: Überleitung des Hallenbades an die Stadtwerke Wülfrath GmbH  
Vorlage: II-006-2019

---

Der Rat nimmt die Vorlage ohne Wortmeldungen zur Kenntnis.

**TOP 17** Umbesetzung von Gremien und Ausschüssen  
Vorlage: BVV-010-2019

---

Die Liste der mitgeteilten Umbesetzungen von Ausschüssen und Gremien wurde im Vorfeld verschickt, nur nicht die Umbesetzung zum Jugendhilfeausschuss (JHA). Die Vorsitzende erläutert, dass die vorgeschlagene Umbesetzung der CDU zu einem nicht-beschlussfähigen Ausschuss führen würde, da dann mehr Sachkundige Bürger als Ratsmitglieder im Ausschuss wären. Wegen der Besonderheit des JHA können auch keine anderen Ratsmitglieder ad hoc an den Ausschusssitzungen teilnehmen. Die CDU schlägt schließlich vor, Ratsmitglied Schneider als Ausschussmitglied zu benennen und nicht mehr als Stellvertreter. Ratsmitglied Schölzel vertritt jetzt Herrn Seidler. Herr Heimann (neu) wird Vertreter von Herrn Schneider.

**Beschluss**

**a) Umbesetzung von Ausschüssen**

Die von der CDU-Fraktion am 18.06.19 und vom Stadtjugendring Wülfrath am 09.04.19 beantragten Umbesetzungen in den Ausschüssen werden lt. anliegender Besetzungslisten beschlossen. Die Änderungen wurden in den Listen ***kursiv*** und **unterstrichen** kenntlich gemacht.

**b) Umbesetzung von Gremien**

Für die Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebundes NRW wird **Walter Brühland (CDU)** (alt: Elisabeth Gawrych) als ordentliches Mitglied bestellt.“

**Abstimmungsergebnis**

Einstimmig	X	ja
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP
Zustimmung	33	12	9	6	3	2	1
Ablehnung							
Enthaltung							





---

## TOP 18 Mitteilungen und Anfragen

---

**Fußball-Länderspiel:** Die Vorsitzende teilt mit, dass das nächste Länderspiel im Lhoist Sportpark am Samstag, 07.09.2019, stattfinden wird. Dann tritt um 15.30 Uhr das U 17-Team von Deutschland gegen Italien an, wie der DFB jetzt bestätigte.

**Umbaumaßnahme Kreisverkehrsplatz (KVP) – Auswirkungen auf Schleichwege:** Laut Ratsmitglied Baumhardt (CDU) haben Mittelstraße und Velberter Straße am Friedhof unter dem inoffiziellen Umleitungsverkehr stark gelitten. Die Fahrbahn der Velberter Straße bröckelt Richtung Erbacher Berg ab. Sie fragt, wer hier zuständig ist für die Erneuerung oder Sanierung. Herr Barnat antwortet, dass Straßen.NRW die Stadt hier nicht unterstützen wird. Die Straßen werden ins Prioritätenprogramm eingefügt, die Kosten bleiben in Wülfrath.

**Zustand Velberter Straße:** Herr Altmann bestätigt die Beobachtungen von Frau Baumhardt und beklagt, dass auch 40-Tonner durch die engen Straßen fahren.

**Öffnung Alte Ratinger Landstraße:** Herr Welp teilt mit, dass der Anwohner der Heinrich-Heine-Straße Herr Kolnhofer sich vorstellen könnte, dass die geöffnete Einbahnstraße bleibt.

**Umsatzrückgang durch Umleitungen wg. Bauarbeiten KVP:** Herr Altmann berichtet von Umsatzrückgängen in Höhe von 25-30%, die auf den KVP-Bau und die damit verbundenen Umleitungen und Staus zurückzuführen seien. Vor allem die inhabergeführten Geschäfte leiden darunter. Er hoffe, dass die Baumaßnahme wirklich Ende Juli abgeschlossen ist.

**Schachtdeckel Wilhelmstraße:** Herr Sträßer erinnert an seine frühere Anfrage und die Auskunft der Verwaltung, dass die Kanaldeckel auf der Wilhelmstraße bis Ostern auf Höhe der Fahrbahn angehoben werden und das Klappern beseitigt werde. Die Dämpfungseinlagen wurden seines Wissens auch eingebaut, aber reichen nicht. Er fragt, wann die offenbar notwendigen größeren Maßnahmen durchgeführt werden. Herr Barnat antwortet, dass der Baubetriebshof die Schachtdeckel angehoben hat, dies bei einzelnen Deckeln tatsächlich nicht ausreicht. Die darüber hinaus erforderlichen Anpassungen kann der Baubetriebshof aufgrund des höheren baulichen Aufwandes nicht mit eigenen Mitteln leisten. Er wird mit dem Tiefbauamt sprechen und die gegebenenfalls nötigen Mittel im Haushalt einstellen. Die Stadtwerke haben angekündigt, die Gasleitung zwischen Düsseler und Tönisheider Straße im nächsten Jahr zu erneuern, im Zuge dieser Maßnahme können in diesem Bereich auch die Schachtdeckel neu eingebaut werden.

**Radweg zum S-Bahnhof Düssel-Hahnenfurt:** Herr Sträßer fragt, ob inzwischen Gespräche mit Wuppertal geführt wurden. Herr Barnat antwortet, dass erste Gespräche telefonisch geführt wurden und weitere Termine vereinbart werden.

**Befahrung Parkstraße:** Frau Küchler teilt mit, dass immer wieder die Parkstraße entgegen der vorgeschriebenen Richtung befahren wird. Sie bittet darum, dies der Polizei weiterzugeben. Frau Dr. Panke sagt dies zu.

**Fahrradfahrer in der Fußgängerzone:** Herr May teilt seine Beobachtungen mit, dass in der Mühlenstraße und der Fußgängerzone oft sehr schnell fahrende Fahrradfahrer unterwegs sind. Herr Seidler bekräftigt dies: Am vergangenen Samstag fuhren in einer Stunde 16 Radfahrer



durch die Fußgängerzone. Einige erwachsene Fahrer beschimpften diejenigen, die sie zum Absteigen aufforderten. Herr Ulbrich schlägt vor, dass einen Samstagvormittag lang ein Polizist in der Fußgängerzone präsent ist.

**Wellige neue Asphaltdecke im KVP:** Herr Effert fragt, ob die jetzt schon sicht- und spürbaren Wellen in der Asphaltdecke bleiben oder ob hier nachgebessert wird. Herr Altmann ergänzt, dass die Decke ja schon mit den Kanaldeckeln und den Kanten abschließe, also offenbar keine weitere Schicht vorgesehen sei. Frau Dr. Panke sagt zu, bei Straßen.NRW nachzufragen.

**Nachtrag zur Niederschrift:** *Straßen.NRW hat, nach Aussage der Projektleiterin auch bemerkt und bemängelt, dass die Fahrbahn sehr wellig ist. Straßen.NRW ist jetzt in der Prüfung, ob und inwieweit diese Mängel behoben werden müssen. Laboruntersuchung des Materials und Ebenheitsprüfung sind erforderlich und derzeit in Arbeit.*

**Prioritätenliste Dezernat III:** Herr Effert fragt, ob Dezernat III im Zeitplan der Prioritätenliste ist. Herr Barnat teilt mit, dass das Planungsamt erst seit März 2019 wieder so besetzt ist wie Ende 2017 und bei manchen Maßnahmen deswegen, aber auch wegen einer Neupriorisierung hinter dem Zeitplan liegt.

**Folgen Schließung Knorr-Bremse:** Herr Effert fragt, welche Folgen die wahrscheinliche Schließung von Knorr-Bremse hat und ob die Stadt Kontakt mit der Arbeitsagentur aufgenommen hat. Herr Ritsche teilt mit, dass die Auswirkungen im Haushalt 2019 bereits berücksichtigt sind. Auswirkungen bei der Steuerkraft hängen von der Nachnutzung ab. Die Verwaltung hat nachgefragt, wie viel Mitarbeiter/-innen in Wülfrath wohnen, aber noch keine Antwort erhalten.

**Nachtrag:** *Inzwischen kam die Antwort von Knorr-Bremse. Es sind 74 Mitarbeiter/-innen.*

Herr Ritsche führt weiter aus, dass die Verwaltung dem Unternehmen behilflich ist bei der Suche nach neuen Räumen für das Kompetenzzentrum, dass sie auch in Kontakt mit dem Eigentümer steht und bei der Suche nach einem Nachmieter unterstützt. Herr Effert sieht die große Zahl angelernter Arbeitnehmer als Problem. Frau Dr. Panke erwidert, dass das Unternehmen eine Massenentlassung anzeigen müsste und dass die Verwaltung im Gespräch mit der Arbeitsagentur ist. Sie sagt zu, die Politik in GVK und Ausschusssitzungen auf dem Laufenden zu halten.



## **anwesend**

### **Ratsmitglied**

Herr Hans-Peter Altmann  
Frau Dunja Baumhardt  
Herr Frank Berg  
Herr Walter Brühland  
Herr Uwe Buschmann  
Herr Hans-Joachim Czerwonka  
Herr Sascha Dellmann  
Herr Axel Effert  
Herr Udo Eigen  
Herr Siegfried Gartmann  
Herr Reiner Heinz  
Herr André Herbes  
Herr Manfred Hoffmann  
Herr Carsten Klein  
Frau Ilona Küchler  
Herr Claus Leifeld  
Herr Thomas May  
Frau Bettina Molitor  
Herr Stephan Mrstik  
Herr Lothar Müller  
Frau Angela Nadolski  
Frau Dr. Ophelia Nick  
Herr Axel Paul  
Herr Wolfgang Peetz  
Frau Dr. Elke Platzhoff  
Herr Wolfgang Preuß  
Herr Christian Schölzel  
Herr Andreas Seidler  
Herr Martin Sträßer  
Herr Mario Sülz  
Frau Renate Theis  
Herr Hans-Juergen Ulbrich  
Herr Axel C. Welp

### **Verwaltungsmitarbeiter/in**

Herr Martin Barnat  
Herr Marcus Benner  
Frau Sabine Drasnin  
Herr Mike Flohr  
Frau Gudula Kohn  
Herr Rainer Ritsche



**Bürgermeister/in**

Frau Bürgermeisterin Dr. Claudia Panke

Wülfrath, den 19. Juli 2019

---

(Bürgermeisterin  
Dr. Claudia Panke)  
Ausschussvorsitzende

---

(Sabine Drasnin)  
Schriftführerin

Die Niederschrift ist im Original unterschrieben. Das Dokument wurde elektronisch erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.